

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigenteil:
die Seite 15 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 50 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Plagvorfchriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerihtsstand für beide Teile
ist Calw.



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei.

Die Notlage der Landwirtschaft

Der Reichsernährungsminister über die Wege zu ihrer Behebung

U. Kiel, 28. Nov. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Schiele, sprach vor dem landwirtschaftlichen Ausschuss im Rahmen des Kieler Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei und führte dabei unter anderem aus: Die Nöte und Ausgaben der Landwirtschaft sind nicht Sorgen eines einzelnen Berufsstandes, sondern des ganzen Volkes. Sie gehören zu den brennendsten Sorgen unserer Nationalwirtschaft, sind doch in der Landwirtschaft 30,5 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung Deutschlands beschäftigt gegen 4,4 Prozent in der Industrie. Unverhältnismäßig größer noch stellt sich der Wertanteil der Landwirtschaft an der deutschen Gesamtproduktion; er hält dem Werte der Industrieproduktion die Wage. Auf dieser gewaltigen Agrarproduktion im eigenen Machtbereich beruht über vier Fünftel der deutschen industriellen Produktion.

Alle landwirtschaftlichen Nöte entstammen im letzten Grunde einer Quelle: der mangelnden Rentabilität. Das Landvolk glaubt, nachdem seine Kräfte erschöpft sind, beruhigt zu sein, die Reserven des Ganzen aufzurufen. Nichts läßt deutlicher den Ernst der Lage erkennen, als die auf rein wissenschaftlicher Basis entstandenen Ergebnisse des Enquete-Ausschusses. Das Gesamtergebnis der Nachkriegsjahre kommt, gemessen an der Vorkriegszeit, durchschnittlich über 80 Proz. nicht hinaus. Aber das ungefähr die Hälfte aller landwirtschaftlichen Betriebe in den vergangenen Jahren als Verlustbetriebe gewirtschaftet haben, beruht gleichzeitig auf der Steigerung der steuerlichen Belastung, der sozialen Abgaben, auf dem Kapitalmangel und den hieraus sich ergebenden überhöhen Zinsfüßen und auf der schwachen Marktposition der deutschen Landwirtschaft infolge des Druckes der riesigen Nahrungsmittelleinfuhr. Noch heute steht der Index für Agrarprodukte auf etwa 135 Prozent, während der Index für industrielle Fertigenwaren erheblich über 150 Prozent liegt. Infolge dieser Entwicklung erreicht

die Verschuldung der Landwirtschaft mit der erschreckenden Summe von 12,5 Millionen Mark mehr als vier Fünftel der Vorkriegsverschuldung. Ihr besonders ernstes Gesicht erhält sie durch die Kurzfristigkeit der personellen Schulden und die ungeheure Zinsenlast,

die mit etwa 850 Millionen Mark jährlich annähernd 440 Mark je Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche ergibt und außer jedem Verhältnis zu den heute möglichen Betriebsergebnissen steht, also zwangsläufig zu immer weiterer Verschuldung führt. Es gilt nunmehr die schwebende Schuld zu konsolidieren und zwar zu tragbaren Zinsfüßen, die im angemessenen Verhältnis zu dem erreichbaren Maß der landwirtschaftlichen Rentabilität stehen. Die zweite große Aufgabe ist eine gesunde Handelspolitik, die die Disparität des Zollniveaus für landwirtschaftliche Produkte und für Industriewaren beseitigt. Solange fast überall in der Welt die Erhöhung der Zollmauern fortschreitet, können wir als schwerbelasteter Schuldnerstaat nicht andere Wege einschlagen. Neben der Ordnung der Kreditverhältnisse und einer gesunden Handelspolitik besteht die dritte und große Aufgabe in der energischen

Selbsthilfe der Landwirtschaft;

sie muß durch Vertiefung der Ackerkrume und gesteigerte Wirtschaftenergie aus dem deutschen Boden das Letzte herausziehen, was herauszuholen ist. Durch Maßnahmen kraftvoller Selbsthilfe erwirbt die Landwirtschaft den moralischen Anspruch auf Hilfe durch die Gesamtheit dort, wo ihre eigene Kraft versagt.

Der Reichsarbeitsminister zum Agrarproblem

U. Dsnabrück, 28. Nov. Auf einer öffentlichen Kundgebung anlässlich des Zentrumsparteitages des Dsnabrücker Landes hielt Reichsarbeitsminister Brauns einen Vortrag. Er betonte u. a., die ganze Wirtschaftspolitik müsse auf Beseitigung der Passivität der Handelsbilanz gerichtet sein und darum ergebe sich die erste Pflicht für die Reichsregierung für eine Förderung der Landwirtschaft zu sorgen. Damit werde auch der Industrie und der Arbeiterschaft geholfen. Entscheidend für unsere Lage seien natürlich die Finanzen und hier sei eine Mahnung zur Sparsamkeit am Platze. Es liege nahe, zunächst auf dem Gebiete der Verwaltung Einsparungsmöglichkeiten zu suchen. Die Reichsregierung gebe sich mit allem Ernst dem Studium einer Verwaltungsvereinfachung hin. Wenn die Bestrebungen bald zu einer Lösung führen sollten, dann müsse das Zentrum wieder die Vermittlung zwischen dem Unitarismus und dem Föderalismus übernehmen.

Die Konfliktgefahr im Osten

Entspannung der Lage in Litauen

U. Riga, 28. Nov. Die hier hartnäckig umlaufenden Gerüchte über einen Sturz der Woldemarasregierung und einen Putsch in Kowno haben sich als unbegründet erwiesen. Wie einwandfrei feststeht, herrscht bis jetzt in Kowno Ruhe. Am Samstag fanden eingehende Beratungen aller Parteivorstände statt. Die gesamte litauische Presse verlangt die Bildung einer nationalen Einheitsfront in Anbetracht der ernststen außenpolitischen Lage. Die Woldemarasregierung hat Fühlung mit den Christlich-Demokraten und den Volkssozialisten genommen, um eine Koalition herbeizuführen. Der aus Moskau eingetroffene litauische Gesandte in Moskau teilte mit, daß Rußland alles tun werde, um Litauen zu schützen; doch erwartet man hier, daß Rußland sich auf Protestnoten beschränken und selbst im Falle eines polnischen Angriffs nicht zum letzten Mittel des bewaffneten Einschreitens greifen werde. Dessenungeachtet erregt es hier großes Aufsehen, daß der russische Militärvertreter für die baltischen Staaten in Kowno eingetroffen ist und mit den zuständigen Stellen Verhandlungen führt. Die Vertreter Englands und Frankreichs begaben sich in Automobilen von Kowno nach Wilna. Man erwartet dadurch eine Entspannung der Lage.

Wie weiter gemeldet wird, wurde in Kowno eine weitverzweigte polnische Spionageorganisation ausgehoben. Zwei polnische Agenten, die auf illegalem Wege die Demarkationslinie überschritten und in Litauen ihre Erkundungen unternommen hatten, wurden in flagranti ertappt und verhaftet. Außerdem wurden fünf weitere in die Angelegenheit verwickelte Personen festgenommen. Die Verhafteten werden vor ein Feldgericht gestellt werden.

Wie der Warschauer „Kurjer Poranny“ aus Wilna be-

richtet, hat die litauische Regierung ein Komunique veröffentlicht, in dem es heißt, die Absichten Polens auf Litauen beunruhigten die Bevölkerung und die gesamte Öffentlichkeit aufs schwerste. In Kowno spreche ein Teil der Bevölkerung von einer beabsichtigten Bombardierung der Stadt und verlange den Rücktritt der Regierung. Dieses Verlangen habe aber keinen Zweck, da ein Rücktritt der Regierung Litauen in den Augen des Völkerbundes schaden und nur für Polen günstig sein würde. Polen wolle seine Annexionspläne mit Rücksicht auf den Völkerbund nicht durch einen öffentlichen Krieg, sondern mit Hilfe der sogenannten Emigranten erreichen. Angeblich werde der Führer der von Polen unterstützten Emigranten, Pleßkattis, auch zur Völkerbundstagung nach Genf kommen. Das Komunique endet mit folgenden Worten: „Es wird bei uns über die Notwendigkeit, sich mit Polen zu versöhnen, viel gesprochen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß weder Litauen an Polen noch Polen an Litauen den Krieg erklärt hat; da bisher keine formelle Kriegserklärung vorliegt, kann auch kein Friede geschlossen werden. Polen wiederholt ständig seine freundlichen Absichten und gleichzeitig macht es Pläne, Litauen zu annektieren. Litauen hat davor aber keine Furcht, Litauen ist kein Angriffsstaat und hat nicht die Absicht, Polen zu überfallen; aber das litauische Volk ist bereit, seinen Staat bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.“

Neues Völkerbundsmemorandum Litauens.

U. Genf, 28. Nov. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein längeres Schreiben gerichtet, in dem er Beschwerde gegen die von der polnischen Regierung gegen Litauen eingeleitete Presse-Kampagne erhebt. Das Schreiben, das den Charak-

Tages-Spiegel

Reichsernährungsminister Schiele und Reichsarbeitsminister Brauns behandelten gestern in ihren Reden die Agrarpolitik und traten für die Förderung der Bedürfnisse der Landwirtschaft ein.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde in einer Sonntagssitzung die Beratung der Besoldungsvorlage fortgesetzt.

Die Studentenschaft veranstaltete in Berlin eine stark besuchte Kundgebung für den großdeutschen Gedanken.

Die südlawische Skuptschina hat einstimmig den Handelsvertrag mit Deutschland angenommen.

Im polnisch-litauischen Konflikt scheint eine leichte Entspannung eingetreten zu sein. Rußland, England und Frankreich bemühen sich, eine Kriegsgefahr zu beseitigen.

In Paris ist man befriedigt über Deutschlands vorsichtige Haltung im polnisch-litauischen Konflikt.

ter eines eingehenden Memorandums trägt, enthält eine größere Anzahl von Daten und näheren Angaben über die polnische Presse-Kampagne gegen Litauen. Das Memorandum, das zunächst nur zu informativem Zweck dem Völkerbund übermittelt worden ist, dürfte wohl als neues Material zur Unterstützung des litauischen Standpunktes für die bevorstehenden Verhandlungen des Völkerbundesrates über den polnisch-litauischen Streitfall anzufassen sein

Der „Temps“ über Deutschlands Haltung im polnisch-litauischen Konflikt.

U. Paris, 28. Nov. Im Zusammenhang mit der Besprechung des polnisch-litauischen Konfliktes behauptet der „Temps“, daß Deutschland sehr an der Unabhängigkeit Litauens interessiert sei. Deutschland habe ferner großes Interesse daran, mit Großbritannien, Frankreich und Italien zusammenzuarbeiten, um eine zufriedenstellende Lösung der polnisch-litauischen Differenzen herbeizuführen. Die Gerüchte über eine deutsche Demarche parallel mit der russischen Note seien ohne jede Grundlage. Wahr sei dagegen, daß sich das Deutsche Reich einem gemeinsamen Schritt zusammen mit Großbritannien, Frankreich und Italien in Kowno nicht widersetzt hätte, diese Demarche aber im Hinblick auf die bevorstehende Völkerbundsratsstagung, in der die Mächte ihren Einfluß geltend machen werden, nicht notwendig erscheine. Alles lasse darauf schließen, daß Deutschland entschlossen sei, in vollem Einvernehmen mit den Großmächten vorzugehen.

Attentat auf den Bürgermeister von Wien

U. Wien, 28. Nov. Auf den Bürgermeister von Wien, Karl Seiz, wurde am Samstagabend gegen 1/18 Uhr, als er nach der Eröffnung des Schnee-Palastes in der Halle des ehemaligen Nordwestbahnhofs das Gebäude verließ, und das Auto bestiegen hatte, von einem Mann ein Revolverattentat verübt. Der Täter feuerte 3 Revolvergeschosse ab, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Der Täter flüchtete dann über einen Baum, konnte aber eingeholt und verhaftet werden. Es ist ein 1904 in Temeswar geborener arbeitsloser Elektrotechniker Richard Strebingner.

Wahlen in Anhalt und Braunschweig

U. Dessau, 28. Nov. Nach einem mit großer Erbitterung geführten Wahlkampf fanden gestern in Anhalt die Wahlen zu den Kreistagen und Gemeinderäten statt. Das äußere Bild des Wahltages entsprach nicht der Aufregung in die das Land während der letzten Wochen versetzt war. Es fehlten in Dessau propagandistische Umzüge nahezu völlig. Das Wahlgeschäft selbst wickelte sich sehr ruhig ab. Das vorläufige Endergebnis der Braunschweiger Landtagswahlen.

U. Braunschweig 28. Nov. Die Landtagswahlen in Braunschweig haben nach bisher vorliegenden Meldungen folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 117 534 (7. Dez. 1927 103 463), Deutschnationale 24 500 (51 289), Deutsche Volkspartei 87 400 (47 526), Wirtsch. Einheitsliste 19 525 (23 030), Demokratische Partei 12 325 (14 775), Kommunisten 12 440 (12 527), Nationalsozialisten 9535 (9479), Braunschw.-Nieder-sächsische Partei 3310 (8791), Zentrum 3935 (4359), Haus- und Grundbesitzer 1900 (—), Volksrechtspart 4400 (—).

Arbeit im Weltreich

Während Europa sich mit kleinen und nicht immer ganz leichten Krisen quält, die den Abstieg seiner außenpolitischen Bedeutung im Verhältnis zu den aufsteigenden Kontinenten nur noch deutlicher sichtbar werden lassen, vollziehen sich im britischen Weltreich augenblicklich Entwicklungen, die auf eine neue Festigung im Besitz dieses weitverzweigten politischen Gesamtkörpers hinauslaufen können. Die Lage war gewiß nicht immer günstig. Als vor einem Jahre die Britische Reichskonferenz in London zusammentrat, um grundsätzlich über das Verhältnis der Dominien zum Mutterlande zu beraten, da bangte manchem Engländer vor den weitgehenden Wünschen der Außenminister namentlich Südafrikas und Kanadas. Wenige Monate später spitzten sich die Dinge in China so stark zu, daß erhebliche Verluste im Handel und im politischen Ansehen Englands in Ostasien sichtbar wurden. Zugleich regte sich die indische Freiheitsbewegung, gleichzeitig freilich gehemmt durch viele blutige Zusammenstöße der Hindus und Mohammedaner. Außerdem wühlte kräftig gegen England in China genau so wie habeim in den britischen Arbeitermassen. In Ägypten unternahm die Freiheitsbewegung Zaghlul Paschas einen politischen Vorstoß, dem man mit starkem militärischem Aufgebot entgegentrat. Dazu kam die ergebnislose Flottenrüstungskonferenz in Genf, die dem Ansehen Englands in den Vereinigten Staaten nicht förderlich war.

In wenigen Monaten hat sich nun die Lage so entscheidend gewandelt, daß sie heute einen völlig entgegengesetzten Eindruck erweckt. Die Reichskonferenz ging mit einem Ergebnis auseinander, das, bei vielfachen Zugeständnissen an die Wünsche der Dominien, doch eigentlich einen Zustand bestätigte, der bereits vorhanden war, die Führung der Außenpolitik aber weiter dem Mutterlande zubilligte. Die Lage der Dominien ist wirklich nicht so stark, daß sie es wagen könnten, sich aus alten Ueberlieferungen zu lösen und sich dem Druck anderer politischer Mächte — der Vereinigten Staaten oder Japan etwa — anzufügen, dem sie doch nicht im entferntesten gewachsen sind. Der Aufbau der eigenen Industrie ist heute durch eigenes Kapital nur in begrenztem Umfange möglich. Wenn man also sehen muß, dann tut man es doch lieber in London als in Newyork, das nicht nur an den Zinsfuß denkt, sondern auch gern eine politische Hinterhand zusetzt, wie sie etwa gegenwärtig in Mexiko oder Maragua sichtbar ist. Das Mutterland hat nach einjährigem Abstände von der Reichskonferenz keine Veranlassung, seinen weiteren Zusammenhang mit diesem reifsten Teil seines Weltreiches ernsthaft zu bezweifeln.

Die Krisis im Verhältnis Englands zu Sowjetrußland hat im Frühjahr zur Lösung der diplomatischen Beziehungen geführt. Es dürfte mehr als einen britischen Minister geben, der mindestens die schroffe Art dieses Abbruchs heute noch bedauert oder sie sogar abmildern möchte. Aber eins kann man nicht bestreiten: daß der diplomatische Kampf gegen Rußland nach der Beseitigung mit Umficht geführt wurde und der Sowjetunion tatsächlich erheblichen Schaden zugefügt hat.

Dieser Erfolg des Weltreiches macht sich heute vor allem auf dem chinesischen Schauplatz bemerkbar. Dem Schwung der kantonesischen Freiheitsbewegung, die bis an den Hoangho führte, folgte eine neue Peripetie der Kräfte und Bewegungen, die wirrer ist als je. Die Ideen der Kuomintang sind nicht nur Gegenstand der inneren Auseinandersetzung geworden, sondern in verwässerter Form auch Allgemeingut aller Kampfgruppen. Unter diesen äußeren Reizlichkeiten in den Felsen blüht der persönliche Gegensatz der Generale, der das Kennzeichen dieses jetzt 16jährigen Bürgerkrieges ist, unvermindert weiter. Wenn England diesen Zustand für vorteilhafter ansieht, als ein einheitliches China, das, allerdings ohne einige

russische Charakterzüge kaum, dafür aber sehr viel kaufkräftiger denkbar wäre, dann hat es sicherlich hier einen Erfolg errungen. Doch muß es bedenken, daß die Lage in China sich schon oft und überraschend gewandelt hat.

Vielleicht ist die Entwicklung in Indien der Schlüssel zu dieser englischen Haltung. Hier nähert sich das Ende der zehn Jahre, nach denen die Verfassung der indischen Kronkolonie entschieden werden soll, also der Umfang von „Swarat“, der „Selbstverwaltung“. Die Freiheitsbewegung besteht durchaus nicht nur aus so friedfertigen Naturen wie Gandhi, sondern hat Flügel, die den offenen Kampf wagen würden, wenn sie nur irgendwie Aussicht auf Erfolg sähen. Nun hat die Regierung in London eine „Indische Kommission“ eingesetzt, bestehend aus Parlamentsmitgliedern aller drei Parteien, die feststellen sollen, „in welchem Umfange es wünschenswert ist, in Indien den Grundsatz der selbstverantwortlichen Regierung einzuführen“. In der Kommission sitzen keine Indier; doch hat sie das Recht, indische Ansichten zu hören. Die Ergebnisse dieser Arbeit müssen abgewartet werden; aber den Mut, dieses heiße Eisen anzufassen, muß man anerkennen. Er ist die andere Seite des Doppelgeschäftes der englischen Diplomatie, die einmal die Dinge ruhig reifen lassen kann, ohne nervös die Wimper zu zucken, dann aber ihnen zielbewußt und selbstlicher entgegengetreten, um sie mit Klarheit und Energie zu ordnen, wie es die Gesamtlage des Weltreiches erfordert.

Es paßt durchaus zu diesem Bilde, wenn man das indische Problem nicht nur im Lande selbst anspricht, sondern auch in der Sicherung der geographischen Zwischenstationen gerade gegenwärtig intensive Tätigkeit entfaltet. Gegenwärtig befindet sich in London der König des Irakgebietes, Feisal, um mit der britischen Regierung zu beraten, wann dieses Mandatsgebiet selbständig und Mitglied des Völkerbundes werden kann. Vor kurzer Zeit hat England mit König Ibn Saud von Hedschas einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen, in dem sich dieser verpflichtet, britisches Gebiet nicht anzugreifen. Endlich hat der Tod des Freiheitsführers Zaghlul Paschas zu Besprechungen mit dem ägyptischen Ministerpräsidenten Sarwat Pascha in London geführt, die allem Anschein nach darauf hinauslaufen, das stillschweigende Protektorsverhältnis Englands über Ägypten in eine zeitgemäßere Form zu wandeln, die, ohne englische Interessen preiszugeben, doch dem Freiheitsgefühl des ägyptischen Volkes Rechnung trägt. Die rein militärische Sicherung des Suezkanals, auf die es hier ankommt, liegt heute bereits nicht mehr allein in Ägypten, sondern auch auf dem asiatischen Ufer.

Im übrigen Afrika ist die Gliederung der britischen Einflugsgebiete und Besitzungen vom Kap bis Kairo durchaus nicht abgeschlossen. Es wird geplant, die ostafrikanischen Gebiete, einschließlich der früheren deutschen Kolonie, zusammenzuschließen und als ein neues politisches Gebilde zwischen dem Sudan und dem Dominium Südafrika einzuschließen. Nur ein schwarzer Fleck hat sich gerade in diesem Kraftfeld gebildet: der Plan Abessinien, den Staudamm am Tanaasee, der für die Baumwollkulturen am oberen Nil und in Ägypten von lebenswichtiger Bedeutung ist, durch Amerika und nicht durch England bauen zu lassen. Die Tragweite und Entwicklung dieser Frage läßt sich heute schwer übersehen. Es ist anzunehmen, daß England hinter dem ruhigen Gesicht, das es zunächst diesen Plänen gegenüber gezeigt hat, energisch an einer Zurückziehung seiner gefährdeten Interessen arbeiten wird.

So ist auf drei Etappen des Verbindungsweges zwischen Mutterland und Indien wie auch auf der afrikanischen Flanke des Indischen Ozeans eine zielbewußte, nach einheitlichen Gesichtspunkten geleitete Sicherungspolitik zu spüren, die zeigt, wie wachsam das britische Außenministe-

rium über den von ihm kontrollierten Teil der Welt blickt und Zukunftsentwicklungen zu basieren vermag.

Die deutsch-russischen Handelsbeziehungen

U. Berlin, 26. Nov. Nach einer Meldung des Berliner Tageblatts aus Moskau führte auf einer Parteiverammlung des Gouvernements Moskau Bucharin aus, daß ernste wirtschaftliche Schwierigkeiten, die im kommenden Jahre zu erwarten seien, mit der internationalen Lage Sowjetrußlands zusammenhängen, die auf die Handelsbeziehungen und die Kreditlage der Sowjetunion gegenüber dem Ausland einwirkte. England führe gegen die Sowjetunion eine entschlossene Politik und beeinflusse eine Reihe von Ländern, besonders Deutschland, welches in Bezug auf Bestellungen und Kredite gegenwärtig eine mehr als kühle Haltung zu Sowjetrußland einnehme.

Die Lage in Rumänien

U. London, 26. Nov. In Londoner unterrichteten Kreisen ist man nach den ergänzenden Nachrichten aus Rumänien und indirekten Quellen hinsichtlich der weiteren Entwicklung in Rumänien weniger pessimistisch. Die Wahrscheinlichkeit der Bildung eines Koalitionskabinetts und auf der anderen Seite der Ansicht, daß sich die Gegensätze zwischen den Regierungsparteien und der bisherigen Opposition verringert haben, führen zu der weniger pessimistischen Meinung in England. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Frage der Rückkehr Karols vorläufig nicht akut wird. Als wesentliche Erleichterung der Lage betrachtet man hier die Besserung des Gesundheitszustandes Titulescus, der in London das Vertrauen genießt, daß er sich mit allen Mitteln für eine ruhige Entwicklung einsetzen wird.

U. London, 26. Nov. Der frühere Kronprinz Karol erklärte einem Vertreter des „Evening Standard“, daß er sich noch nicht, wie man vielleicht annehme, auf die Rückkehr nach Bukarest vorbereite. Er warte noch auf weitere Gesichtspunkte in Rumänien.

Kleine politische Nachrichten

Industriellenbesuch beim Reichskanzler. Eine Anzahl Industrieller wurde unter Führung des geschäftsführenden Vorstandes des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Kasch, vom Reichskanzler empfangen, um über Fragen der Befoldungsreform und der Auslandsanleihen Rücksprache zu nehmen. Der Reichsfinanzminister Dr. Brücker wohnte der Besprechung bei.

Deutschlands Chorow-Eingabe vom Haager Gerichtshof abgewiesen. Der permanente internationale Gerichtshof in Haag hat die letzte von der deutschen Regierung in Angelegenheit der Stickstoffwerke Chorow eingereichte Verfügung abgelehnt. In der Begründung heißt es u. a., daß die Angelegenheit schon in der Hauptverhandlung anhängig und deshalb die deutsche Eingabe mit den Statuten des Gerichtshofes nicht vereinbar sei. In der Eingabe forderte Deutschland die sofortige provisorische Zahlung von 30 Millionen Reichsmark.

Ein neuer Großmächteschritt in Kowno? Wie verlautet sollen neuerdings der englische, französische und italienische Gesandte bei Woldemaras wieder Vorstellungen erhoben haben zwecks Beseitigung des litauisch-polnischen Konfliktes. Eine offizielle Bestätigung bleibt abzuwarten.

Amerikanische Konzessionen an Frankreich. Nach einer Washingtoner Meldung des Newyorker „Herald“ haben in Durchsührung des provisorischen Zollabkommens zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten die amerikanischen Behörden ihre Vertreter in Frankreich angewiesen, die Prüfung der Bücher der mit den Vereinigten Staaten von Amerika arbeitenden französischen Exporteure einzustellen.

Die gläserne Welt

23 Roman von Otfried v. Hanstein.

Es ist Severin nur recht, daß er warten muß. Schnell zieht er den Radio-Cerebrator aus seiner Tasche, die beiden kleinen Membrandosen mit den winzigen Fühlapparaten und die Leitung mit Stöpseln. Er verbirgt in dem Schreibstischfischel und in dem gegenüberstehenden Stuhl die beiden Empfangsdosen in der Falte zwischen Rücklehne und Sitz. Bei den vielen Drähten, die schon im Zimmer gespannt sind und auch als lose Leitungen umherliegen, fällt der neue Draht nicht auf, den er schnell in die Kathodenbatterie auf dem Schreibtisch einsteckt.

Der Kommerzienrat tritt ein. „Sie da, lieber Doktor. Entschuldigen Sie, daß ich Sie warten ließ.“

„Aber, bitte, durchaus nicht, ich will gar nicht stören. Ich hatte Ihnen vor einiger Zeit ein Patent angeboten. Sie haben es abgelehnt, und ich will nur bitten, mir die Akten zurückzugeben.“

„Verzeihen Sie, daß es verjährt wurde. Soll ich es senden?“

„Darf ich vielleicht warten? Ich sitze hier und lese ruhig meine Zeitung und Sie lassen sich gar nicht stören und arbeiten weiter.“

Der Kommerzienrat ist erfreut, daß der Doktor ihn gar nicht auffällt, und gibt Befehl, die Akten herauszusuchen. Severin Magnus steht nach der Uhr. Zwei Minuten vor eins. Die zwei Minuten wird es ja sicher dauern, bis das ihm vollkommen gleichgültige Schriftstück gefunden ist. Er nimmt seine Zeitung und tut, als lese er in denselben. Der Kommerzienrat sitzt am Schreibtisch, die Arbeit will nicht vorwärts gehen. Daß die Gedanken doch immer wieder abtrennen zu seinen Sorgen!

Eine Minute nach 1 Uhr schrillt das Tischtelefon. „Herr Kommerzienrat werden drachtlos gewünscht. Funkspruch vom Dampfer „Normania“, zur Zeit Mitteländisches Meer.“

Er nimmt den Hörer. „Hier Kommerzienrat Hölberlin.“

Dr. Magnus steht immer noch in seine Zeitung, aber das Blut steigt ihm in die Wangen. Mit aller Energie konzentriert er seine Gedanken. Der Kommerzienrat lauscht in den Apparat. Er gibt Zwischenrufe. „Sie waren bei der Errichtung drahtloser Station in Palau? Sie sind Ingenieur? — Der Sohn Robert Gerlach?“

Der Kommerzienrat überlegt. Severin Magnus sitzt mit gesenktem Haupt, scharf nachdenkend da. Sein Gesicht ist von der Zeitung vollkommen verborgen. Der Kommerzienrat achtet gar nicht auf ihn. Er ruft in das Telefon:

„Gut, kommen Sie von Bremerhaven sofort nach Berlin. Sie können bei uns eintreten. Gehalt nach Tarif.“

Er notiert sich den Namen Ulrich Gerlach und legt den Hörer zurück. Dann lacht er auf.

„So etwas soll der Mensch glauben!“

Dr. Magnus fährt empor. Er war anscheinend ganz in die Zeitung vertieft.

„Wie heißen Sie, Herr Kommerzienrat?“

„Da meldet sich eben im Funkspruch von einem Schiff aus, das augenblicklich noch im Mitteländischen Meer schwimmt, ein junger Ingenieur und bewirbt sich um eine Stellung. Das nenne ich modern.“

„Der Funkentelegraphist bewirbt sich durch Funkentelegraphie und ich weiß nicht, wie das kommt, ich habe den Mann nie gesehen. Habe wohl von seinem Vater einmal

gehört, und wie ich ihn sprechen höre, ist mir der Mensch sympathisch. Irgend etwas in mir sagt: Engagiere den jungen Menschen und richtig, ich tue es. Habe ihn engagiert, einfach durch Funkspruch. Na, schlimm ist's ja nicht. Hoffentlich ist er tüchtig.“

Ein Bote tritt ein. „Hier ist das Dokument für Herrn Dr. Magnus.“

„Darf ich bitten, Herr Doktor. Es tut mir ja außerordentlich leid, daß wir keine Verwendung hatten.“

Severin lächelt verbindlich. „Aber bitte, Herr Kommerzienrat. Übrigens stecke ich jetzt in ganz anderen Arbeiten. Darf ich bitten, mich den berehrten Damen zu empfehlen.“

Sie sind alle beide zufrieden. Der Kommerzienrat, weil der Doktor so rasch wieder ging und durchaus nichts von ihm wollte, — nur er hatte schon geglaubt, wieder irgendeine neue Phantasterei mit anhören zu müssen. Der Doktor, weil wieder einmal alles gelang.

Ulrich ist pünktlich gewesen. Genau zu der ihm drahtlich befohlenen Stunde hat er den Kommerzienrat durch den Funkspruch angerufen und sich um die Stellung beworben. Sicher wäre er abgelehnt worden, hätte nicht Severin selbst hinter seiner Zeitung durch die Energie seines Denkens des Kommerzienrats Gedanken beeinflusst. Daß er als Zugabe, noch ehe der Funkspruch kam, des Kommerzienrats schwer besorgte Gedanken las und so seine Meinung über die finanziellen Schwierigkeiten der Hölberlinwerke bestätigt sah, ist nicht zu verachten.

Herr Eugen Bippert, der Professor der Hölberlinwerke, tritt in das Arbeitszimmer seines Chefs.

„Nehmen Sie Platz, lieber Bippert.“

(Fortsetzung folgt)

Aus den Reichstagsausschlüssen

Der Bildungsausschuß des Reichstags erledigte den § 5 des Schulgesetzentwurfes, der die weltliche Schule behandelt. Entsprechend dem Antrag der Regierungsparteien wurde die Fassung der Vorlage, nach der an der bekenntnisfreien Schule als ordentliches Lehrfach Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung zu erteilen ist, dahin geändert, daß dieser Unterricht zuzulassen ist. Weiter wurde hinzugefügt, daß die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichtes der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen bleibt, und daß an der bekenntnisfreien Schule Angehörige jedes Bekenntnisses, sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden können. Ein Antrag Heinze (D.V.), der den Bestimmungen über die weltliche Schule eine schärfere Fassung geben wollte, wurde mit 18 zu 14 Stimmen abgelehnt. Der Ausschuß ging dann zu dem Abschnitt über, der die Einrichtung und Umwandlung der Schulform behandelt. Der § 6, der den Begriff der Gemeinde festlegt, wurde angenommen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstags setzte die Beratung der Besoldungsgruppe 4 der aufsteigenden Gehälter fort. Der Beratung lag auch der von den Regierungsparteien eingebrachte Antrag zugrunde, eine neue Besoldungsgruppe zwischen 4a und 4b zu schaffen. Hier sollen alle die Beamten aufgenommen werden, die nach der Regierungsvorlage Stellenzulage erhalten. Im Verlauf der Verhandlungen wurden die Anträge und Entschlüsse der Regierungsparteien angenommen, dazu noch eine weitere Entschlüsselung, bei der Zulassung von Sekretären zur Sonderprüfung entstandene Härten auszugleichen. Annahme fand auch der Antrag der Regierungsparteien, die Frist für die Ergänzungsprüfung bis zum 29. Februar 1928 zu verlängern. Der Ausschuß begann dann die Aussprache über die Gruppe 3b, die die Gehälter von 3800 bis 7000 M umfaßt. Auf Anfrage erklärte sich die Regierung bereit, die Frage der Seeschiffahrtszulagen einer ernannten Erörterung zu unterziehen.

Der Kriegsbeschädigtenausschuß des Reichstags behandelte im Rahmen der Beratungen des Reichsversorgungsgesetzes vor allem die Frage der Kapitalabfindung. Ein Antrag der Regierungsparteien, die Abfindungssumme in Höhe des dreifachen Jahresbetrages der Rente an Witwen, die sich wieder verheiratet, stets nach der höchsten zulässigen Witwenrente zu berechnen, wurde angenommen. Die Dienstzeitrenten der ehemaligen Kapitulanten wurden wie folgt festgesetzt: für den Feldwebel auf 840 M, für den Sergeanten auf 650 M, für den Unteroffizier auf 600 M, für den Gemeinen auf 540 M. Das bedeutet durchschnittlich eine Erhöhung um etwa 15 M.

Aus aller Welt

Direkte Luftverbindung Teheran-Berlin.

Nach Meldungen aus Teheran ist das Protokoll zwischen dem russischen Gesandten und dem persischen Außenminister über die Organisation des Luftverkehrs zwischen Baku und Pflävi unterzeichnet worden. Das Abkommen tritt sofort in Kraft. Damit wird eine direkte Luftverbindung zwischen Teheran und Berlin über Moskau möglich.

30-Millionen-Dollar-Anleihe der Stadt Wien.

Die Gemeinde Wien ist durch Vermittlung des Wiener Bankvereins mit einem New Yorker Bank Syndikat wegen der Auflage einer 30-Millionen-Dollar-Anleihe an der New Yorker Börse in Verbindung getreten. Die Verhandlungen sollen kurz vor dem Abschluß stehen. Die Anleihe soll unter sehr günstigen Bedingungen gegeben werden.

Gefangenenevolute in einem kalifornischen Zuchthaus.

Im Zuchthaus zu Folsom in Kalifornien kam es zu einer Zuchthausrevolte, die bisher in ihrer Art beispiellos dasteht. 2000 Zuchthäusler wurden durch 500 Mann regulärer Truppen mit Maschinengewehren und leichter Feldartillerie belagert. Die Truppen mußten mit Tanks und Flugzeugen gegen die meuternden Gefangenen vorgehen, da die Meuterer eine freiwillige Kapitulation ablehnten. Nachdem die Truppen das erste Mal zurückgeschlagen waren, gingen sie, als Flugzeuge neue Maschinengewehre gebracht hatten, zu einem zweiten Angriff vor, mußten sich jedoch zurückziehen, nachdem sie Tränembomben ins Zuchthaus geworfen hatten. Auf beiden Seiten gab es Verwundete und Tote.

Die Gefangenen kapitulierten endlich nach einem vergeblichen Ausfallversuch und nachdem weitere Truppenverstärkungen eingetroffen und die Wasser- und Lichtzufuhr abgeschnitten worden war.

Aus Stadt und Land

Calw, den 28. November 1927

Weihnachtsvorbereitungen.

Mit dem Adventsfest ist die Zeit der Weihnachtsvorbereitungen angebrochen. Werden diese Vorbereitungen eine echte Christfeier ermöglichen? Um beim Neuberlichen zu beginnen: Weihnachtsgeschenke sollten unbedingt recht bald eingekauft werden, damit nicht Geschäftsleute und Postbeamte sich bis zum letzten Augenblick vor dem heiligen Abend abgeben müssen und zu keiner Feier mehr Nervenkraft und Sammlung aufbringen können. Eine weitere Gefahr liegt in der großen Häufung der Weihnachtsfeiern. Bald jeder weltliche und jeder kirchliche Verein hält es für unerlässlich, seine eigene Christbaumfeier mit Bescherung, Aufführung, eingetübten Chören usw. zu veranstalten. Oft sind es dieselben Menschen, die für ein halbes Duzend und noch mehr

Feiern dieser Art in Anspruch genommen sind. Dabei summiert sich der Aufwand an Zeit, Kraft und auch an Geld nicht selten in einer bedenklichen Weise. Vor allem aber werden dabei nur zu leicht die höchsten seelischen Werte der Weihnachtszeit verpielt: Christfeier in der Familie, Christfeier in der christlichen Gemeinde, Christfeier in der Tiefe des Herzens, Christfeier mit den Einfamen und Verlassenen. Kein Wunder, daß dann bei jenen gehäuftesten Weihnachtsveranstaltungen nicht selten ein äußerlicher, täuschender Weihnachtsfest, rührseliger Klisché, manchmal geradezu Unwürdiges geboten wird. Es ist eine wahre Weihnachtsnot. Hier gilt es: weniger wäre mehr. Die Weihnachtsfeiern zusammenlegen, vereinfachen, vertiefen! Sollten wir nicht beim Fest des göttlichen Kindes im besten Sinn zu Kindern, zu einer heiligen Familie werden, den Kindern leben und benehmen, die auf der Schattenseite des Lebens sitzen? Darauf sich vorbereiten, das gibt eine reiche Adventszeit, bei der niemand zu kurz kommt!

Ablauf der Gültigkeit von Briefmarken.

Folgende Postwertzeichen verlieren mit Ablauf des Monats Januar 1928 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen: Biffer-Freimarken zu 3, 5, 10, 20 und 50 J, ausgegeben am 1. Dezember 1923; Stephanmarken zu 10 und 20 J, ausgegeben am 9. Oktober 1924; Rheinlandmarken zu 5, 10 und 20 J, sowie Rheinlandpostkarten zu 5 J, ausgegeben im Mai 1925. Die Dienstmarken der Biffermarken-Ausgabe, die Bifferfreimarken zu 100 J und die Stephanmarken zu 60 und 80 J bleiben noch weiter gültig.

Zwei Steuerformulare auf Antrag.

Für die Verhandlungen mit dem Finanzamt ist es für die Steuerpflichtigen von Bedeutung, eine Abschrift der Steuererklärung zurückzubehalten. Es gilt dies insbesondere für buchführende Gewerbetreibende. Dem dahingehenden Wunsch, die Vordrucke zu den Steuererklärungen (Steuerformulare) in zwei Stücken zu erhalten, ist auch bereits in den Ausführungsbestimmungen zu den Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer- und Umsatzsteuergesetzen von der Steuerbehörde Rechnung getragen worden. Danach sind auf Antrag dem Steuerpflichtigen zwei Vordrucke unentgeltlich, weitere Vordrucke gegen Erstattung der Kosten abzugeben, in geeigneten Fällen kann das Finanzamt dem Steuerpflichtigen auch ohne Antrag sofort zwei Vordrucke zufenden. Eine entsprechende Bestimmung soll auch in die endgültigen Ausführungsbestimmungen zum Vermögenssteuergesetz aufgenommen werden. Die Finanzämter sind deshalb vom Reichsfinanzminister angewiesen worden, denjenigen Steuerpflichtigen ohne weiteres Vordrucke zu den Einkommen-, Körperschafts-, Umsatz- und Vermögenssteuererklärungen in zwei Stücken zuzufenden, welche dies bei dem zuständigen Finanzamt ein für allemal beantragen.

Neun Stunden Tageslänge.

In den letzten 21 Tagen hat die Tageslänge wiederum um eine Stunde abgenommen. Es geht der Winter Sonnenwende zu, an der wir den kürzesten Tag mit 8 Stunden, 22 Minuten haben.

Better für Dienstag und Mittwoch.

Der mitteleuropäische Hochdruck wird durch eine neue von Island vordringende Depression geschwächt, dürfte aber wohl nicht ganz verdrängt werden, so daß für Dienstag und Mittwoch wohl wieder mehr bedecktes, aber meist trockenes Wetter zu erwarten ist.

*

SCW. Maulbronn, 27. Nov. Nach längeren Verhandlungen, die vom Stadtvorstand in die Wege geleitet wurden, ist zwischen der Württ. Staatsfinanzverwaltung und der Vereinsbank Maulbronn ein Austausch des Bankgebäudes gegen das Pfarrhaus zu Stande gekommen. Das an verkehrsgünstiger Stelle gelegene Pfarrhaus eignet sich besser für die Zwecke der Bank, während das abseits bei den Schulen liegende Bankgebäude für das Stadtpfarramt zweckdienlicher ist.

SCW. Herrenberg, 27. Nov. Ein eigenartiger Unfall stieß dem Personenwagen der Sachsenwerke Licht und Kraft in Stuttgart im hiesigen Spitalwald zu. Auf der Herfahrt von Nagold begegnete das Auto einem Radfahrer. Es blenbete vorschrittsmäßig ab. Im gleichen Augenblick versagte die Sicherung, so daß das Fahrzeug ohne Licht war. Der Radfahrer fuhr in der Dunkelheit auf den Straßenrand. Der mitfahrende Vertreter der Firma, Kaufmann Würtner, wurde herausgeschleudert und schwer verletzt. In bewußtlosem Zustand liegt er im Herrenberger Krankenhaus. Seine Verletzungen sind sehr ernster Natur.

SCW. Herrenberg, 27. Nov. Im staatlichen Steinbruch bei Haslach wurde Steinbrucharbeiter Johannes Hämmerle bei seiner täglichen Arbeit durch abfallende Erd- und Steinmassen verschüttet. Mit schweren inneren Verletzungen und Quetschungen wurde er von der Arbeitsstätte getragen. Sein Zustand ist ernst und man rechnet mit langen Monaten, bis er die Arbeit wieder aufnehmen kann. Ein zweiter Unfall traf den 30jährigen Paul Junger von Haslach an derselben Arbeitsstätte.

SCW. Tübingen, 26. Nov. Eine Mitgliederversammlung der Deutschen Nationalen Volkspartei erklärte sich für die Kandidatur des Regierungsrats Geißler. Es hat sich auch eine Studentengruppe dieser Partei gebildet, die ebenso wie der Hochschulring Deutscher Art für die Kandidatur Geißler eintritt. Gegen die Kandidatur des Landtagsabg. Scheef wurde besonders geltend gemacht, daß er sein Landtagsmandat behalten wolle. In der gleichen Versammlung sprach Oberregierungsrat Dr. Böhlinger über den Entwurf des Reichsstaatsgesetzes.

SCW. Stuttgart, 26. Nov. Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Am 25. November abends ist auf dem Bahnhof Nechtenstein bei einer Rangierbewegung der hintere Teil eines Güterzuges auf den vorderen Zugteil aufgelaufen, wodurch leere Güterwagen entgleisten und die durchgehenden Gleise gesperrt wurden. Personen wurden nicht verletzt. Der Sachschaden ist unerheblich. Die Reisenden des Zuges 1115 wurden mit Sonderfahrt nach Sigmaringen weiterbefördert.

SCW. Rottweil, 27. Nov. Am 24. November d. J. fand unter dem Vorsitz des Stadtschultheißen Morros in Dornhan eine Besprechung der Interessenten einer Bahnverbindung zwischen Freudenstadt und Rottweil statt. In den Kreis dieser Bahnlinie würden die Gemeinden Leßburg, Eternack, Leinestetten, Wäde, Bekweiser, Dornhan, Marschallenzimmern, Mömlinsdorf, Peterzell, Hochmösingen, Fluorn, Wenzeln, Waldmössingen, Althalden, Seebach, Dünningen, Badendörf, Stetten, Hausen, Gorgen, Ammern u. A., Altstadt fallen. Anwesend waren die Vertreter sämtlicher beteiligten Gemeinden und Städte, u. a. Oberbürgermeister Ritter-Schramberg, Stadtschultheiß Dr. W. Scher, Freudenstadt und Stadtschultheiß Abrell-Rottweil. Es wurde einstimmig beschlossen, bei der Reichsbahndirektion die sofortige Wiederaufnahme der bereits früher vorgelegten Bahnprojekte unter Beteiligung des Landes und der betroffenen Gemeinden zu betreiben. Mit der Leitung und Weiterbehandlung der Angelegenheit wurde Stadtschultheiß Abrell in Rottweil beauftragt.

SCW. Bom Bodensee, 27. Nov. Ein Beweis für das schnelle Wandern der Fische ist folgender Fall: Dieser Tage wurde in Langenargen ein Karpfen dem See übergeben. Man hatte den Karpfen mit einem Ring versehen, auf dem Datum und Abgangsort angegeben waren. Schon am folgenden Tage wurde der Fisch in der Nähe von Meersburg wieder eingefangen und an seinen Merkmalen erkannt. Der Fisch hat also innerhalb eines Tages die etwa 25 Kilometer lange Strecke Langenargen-Meersburg zurückgelegt.

Geschäftliches

Einführung von Bausparkassen bei der Oberamtsparkasse

Im Interesse der Förderung des Kleinwohnungsbaus, der wohl noch verschiedene Jahre im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehen wird, hat sich auch die Oberamtsparkasse Calw entschlossen, die vom Deutschen Sparkassen-Giroverband propagierte Einrichtung von Bausparkonten ab 1. Januar 1928 in ihre Geschäftszweige einzuführen.

Nach den aufgestellten Bestimmungen kann jeder Sparere sein Sparbuch zu beliebiger Zeit als Bausparbuch bezeichnen oder sich neben seinem gewöhnlichen Sparbuch ein Bausparbuch anlegen lassen. Die gesparten Gelder sollen in der Regel unentziehbar sein; die Rückzahlung kann jedoch beim Vorliegen besonderer Umstände zugelassen werden. Als Höchstbetrag ist für einen Bausparvertrag die Summe von 30.000 M vorgesehen. Hat ein Bausparer 25 Prozent seiner Bausumme einbezahlt und ist er seit 18 Monaten Bausparer, so ist er in die Anwärterliste für die an die Reihe kommenden Bausparer aufzunehmen und wird sehr wahrscheinlich damit rechnen können, daß er sein Darlehen in Höhe von 50 Prozent des Verkehrswertes von Boden und Neubau, verzinstlich zu 1 Prozent über dem Zinsfuß für Spareinlagen erhält, weil die Oberamtsparkasse die für den allgemeinen Wohnungsbau schon seither in erheblichem Maße zur Verfügung gestellten Mittel in Zukunft in erster Linie für die Bausparer verwenden wird. Die Einzahlungen werden mit dem Zinsfuß für gewöhnliche Spareinlagen (6 Prozent) — im Gegensatz zu anderen Bauspareinrichtungen, die sie nur mit 2 Prozent verzinsen und dazu noch für die ganze Dauer des Vertragsverhältnisses einen Verwaltungskostenbeitrag von 1 pro Mille verlangen, der aber bei der Oberamtsparkasse wegfällt — verzinst. Soweit die Württ. Wohnungskreditanstalt die weiter erforderlichen Mittel nicht als Baudarlehen gewähren kann, gibt die Oberamtsparkasse auch die zweite Hypothek gegen Bürgschaft der Württ. Wohnungskreditanstalt oder der Gemeinde zu den für Hypothekendarlehen allgemein üblichen Bedingungen. An dem Darlehen ist jährlich 1 Prozent zugunlich der durch die fortschreitende Tilgung ersparten Zinsen zu tilgen. Die monatlichen Einzahlungen müssen mindestens ein Fünftel der vereinbarten Bausumme betragen. Die regelmäßig in dieser Höhe erfolgenden Einzahlungen geben eine Schlüsselzahl. Grundlage für die Reihenfolge der Zuteilung der Baudarlehen sind diese Schlüsselzahlen. Die Berechnung der Schlüsselzahl kann auf bereits bestehende Sparkonten bis zu drei vollen Kalenderjahren rückwärts erfolgen. An Stelle des Neubaus kann unter Umständen auch der Kauf eines Wohnhauses treten.

Besondere Vorteile dieser Bauspareinrichtung sind die gute Verzinsung der einbezahlten Beträge, die Nichtbelastung mit Verwaltungskosten, die Möglichkeit, die einbezahlten Beträge im dringenden Bedarfsfall — und zwar ohne Verlust, wie bei dem sonst üblichen Verkauf eines Bausparvertrages — auch für andere Zwecke zu verwenden und die weitestmögliche Ausschüttung der dem Kollektivsystem anhaftenden Benachteiligung der weniger leistungsfähigen Bausparer zugunsten der kapitalkräftigeren durch namhafte Zuschüsse aus laufenden Mitteln zur Förderung des Kleinwohnungsbaus seitens der Oberamtsparkasse.

Die Einrichtung von Bausparkonten bei der Oberamtsparkasse Calw wird im Interesse der Förderung des Wohnungsbaus in unserem Bezirk lebhaft begrüßt werden können.

Württ. Landtag

Der neue Staatshaushaltsplan im Finanzausschuss.

Der Finanzausschuss des Landtags trat in die Beratung des Haushaltsplans der Wirtschaftsverwaltung ein. Der Berichterstatter, Abg. Pflüger (Soz.), befragt die Regierung zunächst über den Stand der Durchführung einer Reihe von Beschlüssen des Landtages zum letzten Etat. Ein sozialdemokratischer Redner bespricht kritisch die letzte Rede des Staatsrats Rau in Rottweil, worin er eine Gegenfälligkeit zur Politik des verantwortlichen Ministers erblickt. Staatsrat Rau wendet sich gegen diese Auffassung und Staatspräsident Bagille erklärt, die Auffassung des sozialdemokratischen Redners, daß der Staatspräsident seine Haltung zur Industrie geändert habe, für irrig. Er kenne die Bedeutung der Pflicht, alle Stände gleichmäßig zu fördern. Das sei in der Nachkriegszeit gegenüber der Landwirtschaft nicht überall getan worden. Hier müßte nachgeholt werden. Die Rede von Staatsrat Rau in Rottweil war keine Regierungskundgebung, vielleicht war sie in ihrer Fassung zu ausgeprägt. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt der Erhaltung des Berufsbeamtenums mit den durch das parlamentarische System bedingten Ausnahmen. Ministerialrat Käßlin verbreitet sich dann über die Bahnbaufragen in Württemberg. Im Rahmen des Reichsbahnprogramms sei es gelungen, die Arbeiten an den begonnenen Bahnen Spaltingen-Reichenbach, Schömberg-Rottweil und die Murgtalbahn wieder aufzunehmen. Damit war die Übernahme einer 5jährigen Sperrfrist für eine weitere Finanzspruchnahme des Reichs verbunden. Diese läuft bis 1. Oktober 1931. Sollte in dieser Zeit ein neues Bahnbauprogramm seitens des Reichs kommen, so sind die weiteren Bahnbauwünsche Württembergs schon angemeldet. Nur für die Erstellung von Kleinbahnen gibt es Staatsbeiträge in Höhe von 25 Prozent der Baukostensumme seitens des Landes als Darlehen oder in der Form der Mitbeteiligung. Das Reich gewährt ebenfalls 25 Prozent. Ein Redner des Zentrums verbreitet sich über die großen Fragen der Wirtschaftspolitik, insbesondere der Zusammenhänge zwischen Landwirtschaft, Industrie und Arbeitnehmerschaft. Eine lebensfähige Landwirtschaft sei eine Lebensfrage unserer inneren deutschen Wirtschaft. Die Stellung der Arbeitnehmerschaft im Staat ist eine unbefriedigende. Das schaffende Volk muß heute wieder um seine politische und gesellschaftliche Position kämpfen. Ein Redner der Demokraten erklärt, die gewerbesteuerliche Belastung für zu hoch. Ein Redner des Zentrums erklärt, die Rede von Staatsrat Rau in Rottweil habe in weiten Schichten Beunruhigung hervorgerufen. Die Arbeitnehmerschaft befürchtet einen Rückfall

in den Geist des Obrigkeitstaates und jene Politik, die die Gegensätze zwischen Volk und Staat hat groß werden lassen. Der Sprecher der DVP. hält die Erregung über die Rede des Staatsrats Rau nicht für zutreffend. Staatspräsident Bagille erklärt, daß er nicht der Meinung sei, daß Staatsrat Rau in seiner Rottweiler Rede Maßnahmen der Regierung kritisch im Auge gehabt habe. Ein Redner des Zentrums begründet einen Antrag Andre-Gengler auf Unterstützung der Rechtshilfe der gemeinnützigen Arbeitersekretariate. Ein Redner des Bauernbundes begründet noch einen Antrag zum Schutz der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnisse vor der Auslandskonkurrenz.

Zur Frage der Abänderung des Landtagswahlrechts.

Der Verband Württ. Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen hat bekanntlich an den Landtag eine Eingabe gerichtet, in der eine Abänderung des geltenden Landtagswahlrechts dahin vorgeschlagen wird, daß die Wahlkreise (mindestens 20, aber nicht mehr als 30) gesetzlich festgelegt werden und daß unter Beibehaltung der Verhältniswahl gesetzlich die Einerwahl (Stimmzettel mit nur einem Namen) vorgeschrieben wird. Als Zweck dieser Vorschläge wurde bezeichnet, eine engere Verbindung zwischen den Abgeordneten und der Wählerschaft herzustellen, als dies unter den heutigen Verhältnissen möglich sei. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Pflüger, hat an den Verband ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion in möglichster Nähe zu den Vorschlägen Stellung nehmen wird. In dem Schreiben heißt es ferner: Nach dem württembergischen Landtagswahlgesetz können Bezirksvorschlagslisten durch Wählervereinigungen von mindestens 10 in einem Wahlbezirk wahlberechtigten Personen eingereicht werden. Die Bildung von Einzelwahlkreisen wird durch das Gesetz nicht behindert, lange gebundene Listen sind durch dasselbe nicht vorgeschrieben, die Einreichung von Bezirksvorschlagslisten mit nur einem Namen, die gegebenenfalls mit anderen Bezirksvorschlagslisten verbunden und an eine Landtagsvorschlagsliste angeschlossen werden können, ist zulässig. Da nach der ganz allgemein gehaltenen Fassung Ihrer Eingabe der Eindruck entstehen kann, es sei das, was Sie anstreben, durch das bestehende württ. Landtagswahlgesetz bereits gegeben, wäre ich für mehr ins einzelne gehende Mitteilungen über die von Ihnen gewünschten Änderungen sehr verbunden, ebenso für näheren Aufschluß darüber, wie die Anwendung des Verhältniswahlverfahrens, die Verwertung der Stimmen von in einem Bezirk nicht zum Zuge gekommenen Wählervereinigungen sowie von etwaigen Reststimmen in den Bezirken nach Ihren Vorschlägen gedacht ist.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Berliner Briefsurse.

100 holl. Gulden.	169,33
100 franz. Franken	16,49
100 schweiz. Franken	80,82

Börsenbericht.

SB. Stuttgart, 27. Nov. Die Börse lag auch am Wochenende schwach und es gab allerdings wieder nur vereinzelte Kurseinbußen.

Produktenbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. B.

L. C. Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 26. Nov.

Edeläpfel 15-20, Tafeläpfel 10-15, Spalterbirnen 20 bis 25, Tafelbirnen 10-20, Walnüsse 30-40, Kartoffeln 5-8, Kopfsalat 6-12, Endviensalat 6-15, Birnling 5-8, Filderkraut 4-4,5, Rottkraut 5-6, Blumenkohl 20-30, Rosenkohl, 1 Stück 12-15, 1 Pfund 20-30, rote Rüben 6-8, gelbe 5 bis 6, Karotten, runde, 1 Bund 10-20, Zwiebeln, 1 Pfund 8-12, Rettiche 3-7, Sellerie 10-30, Schwarzwurzeln 30 bis 35, Spinat 20-25, Kohlraben, Kopf, 1 Stück 4-6 S.

Calwer Marktbericht.

Bei dem am letzten Samstag stattgefundenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffeln 5-5,50, Landkraut 3-3,50 M der Zentner, gelbe Rüben 15, rote 12 bis 15, Zwiebeln 15, Birnling 10-15, Weiskraut 15, Filderkraut 15, Spinat 45, Winterkohl 25, Schwarzwurzeln 50, Tomaten 30 S das Pfund; Sellerie 5-10, Endivien 10 bis 20, Lauch 5-10, Kopfsalat 8-10, Rettig 5-20, Kapsel 10 bis 18, Birnen 15-16, Nüsse 45 S, Landbutter 1,80-1,90 M, Tafelbutter 2,20-2,30 M, frische Landeier 18 S das Stück, Italiener 18, Steiermärker 18-16 S.

Schweinepreise:

Balingen: Milchschweine 18-26 M. — Besigheim: Milchschweine 18-18 M. — Boplingen: Läufer 35-50, Milchschweine 15-25 M. — Eppingen: Milchschweine 10-17, Läufer 22-57 M. — Giengen a. Br.: Saugschweine 14-27, Läufer 40-62 M. — Güglingen: Milchschweine 10-16, Läufer 27-45 M. — Hohenhausen: Milchschweine 14-25 M. — Künzelsau: Milchschweine 15-25 M. — Nürtingen: Milchschweine 17-28, Läufer 47-52 M. — Oehringen: Milchschweine 16-26 M. — Rottweil: Milchschweine 18-20 M. — Sigmaringen: Läufer 20-40, Milchschweine 7-16 M d. St.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verfehlungen in Zulage kommen. D. Schriftl.

Frauenarbeitschule Calw.

Anmeldung und Aufnahme für den

neuen Kurs Januar-April 1928

ist am Freitag, den 2. Dezember 1927, nachm. 4 Uhr in der Frauenarbeitschule (H. Stock, Zollamt, Schloßberg). Schülerinnen, welche die Schule schon besucht haben, bringen ihr Zeugnis mit. Auswärtige die Fahrkartenausweise zum Abstemeln mit.

Die Schulleiterin:
Lisa Fechter.

Auf den Weihnachts-Eisch empfehle ich:
Stamine-Stores
Brise-bijes
jamt Zubehör
Tischdecken
Bettvorlagen
Schulranzen
Aktienmappen
Einkaufsbüchel
Portemonnaies
Hosenräger
Sofakissen
in schöner Auswahl
Adolf Junginger
Tapeziergeschäft
Obere Marktstr. 31.

Kapitalangebot!

Wir haben stets flüssiges Kapital aus Privat-hand v. SM. 1000 an nach oben in beliebig. Beträgen gegen hypothe-karische Sicherheit zu günstigen Bedingungen auszuliehen. Grundbuch-Auszüge u. Schätzungs-urkunden sind in den Gesuchen vorzulegen. Schriftl. Anfragen ist Rückporto beizufügen.

Berg u. Wundt
Hypotheken-Büro
Stuttgart, Note-
bühlstraße, 23.
N. B. 1925/27 zirka zwei
Millionen Goldmark
durch uns ausgeliehen.

Haararbeiten

aller Art fertigt
A. Obermatt
Friseurgeschäft
beim Adler, Telefon 240.

Jeden Dienstag u. Frei-
tag in der Zeit von 1/11
bis 12 Uhr werden

Rudeiböden
abgegeben bei
Herrn. Schmitz
Eierleigewerkschaft.

Strümpfe

aller Art zum Anstricken
sowie alle Strickarbeiten
zur pünktlichen Ausführung
werden angenommen bei
Beschwerter Stanger
Obere Marktstraße 28



Keine, ans Fressen gewöhnte
Milchschweine
verkauft
Joh. Schälble, Emberg.



Belstertes
Rassepferd
verkauft oder tauscht geg.
ein Stück Vieh
Näheres bei
Schmiedm. Rexer, Calw

Statt Karten. Todes-Anzeige.



Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Gattin, unsere treue, gute Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegermutter, Großmutter u. Tante

Marie Schrag

geb. Geißler

Sonntag früh 7 Uhr, im Alter von 60 Jahren unerwartet rasch saß in dem Herrn entschlafen ist.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

der Gatte: Carl Schrag.

Beerdigung Mittwoch, den 30. November, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhaus aus.

Calw, den 28. November 1927.

Dankagung.



Für die überaus warme Teilnahme, die uns in so reichem Maße von so vielen Seiten zuteil wurde bei dem unerwartet raschen Hinscheiden unseres innig geliebten Gatten, Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Fritz Auer

Oberlehrer in Stuttgart

sagen wir herzlichsten Dank.

Im Namen

der tieftrauernden Hinterbliebenen:

die Gattin: Paula Auer,
geb. Dinkelacker,

der Vater: Friedrich Auer
Stadtpfleger.

Stuttgart
Neubulach, den 27. November 1927.

Bausparkonten

werden mit Wirkung ab 1. Januar 1928 bei der Oberamtssparkasse Calw eingeführt.

Interessenten können die näheren Bestimmungen einsehen bei

Oberamtssparkasse Calw.

Kristalle Hermann Beisser

Erste Qualitäten — billigste Preise
grosse Auswahl

Zu sofortigem Eintritt werden einige
Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen
gelernte und ungelerte, für dauernd gesucht.
Friedrich Schulz, Ramm-
fabrikation, Alzenberg.